

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 11/28/2003 9:11:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 04.12.2003, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6,
Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **03-F-02-0051**

Einsatz von Leistungsempfängern der Sozialhilfe nach § 19 BSHG
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 18.11.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

die Möglichkeiten des § 19 BSHG für den Einsatz von arbeitsfähigen Leistungsempfängern der Sozialhilfe ab dem Jahr 2004 intensiv zu nutzen.

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

Dabei soll insbesondere jungen Menschen aber auch Langzeitarbeitslosen, die keine Arbeit finden und Leistungsbezieher der Sozialhilfe sind, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheiten z.B. zur Beaufsichtigung auf Kinderspielplätzen und zur zusätzlichen Reinigung in der Fußgängerzone und in Vorortkernen die Eingliederung in das Arbeitsleben erleichtert werden.

Weiterhin soll unter Nutzung der in § 25 BSHG eröffneten Sanktionsmöglichkeiten sichergestellt werden, dass bei einer Weigerung der Übernahme von zumutbarer Arbeit die Leistungen des betroffenen Hilfeempfängers entsprechend der gesetzlichen Vorgaben gekürzt werden.

4. 03-F-01-0077

ESWE-Fonds zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 25.11.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Mittel aus der Auflösung des Spezialfonds, der aus dem Erlös des Teilverkaufs von ESWE-Anteilen an die Thüga gebildet worden war,

- dauerhaft vom städtischen Haushalt getrennt zu halten und so ihre zweckentsprechende Verwendung jenseits aller Haushaltsentwicklungen sicher zu stellen;
- in Höhe von rund 36 Millionen Euro wieder in einen separaten Fonds einzubringen;
- durch innovatives Finanzmanagement sicher zu stellen, dass die Mittel höher verzinst werden als laufende Kommunalkredite;
- sicher zu stellen, dass der regelmäßige Ertrag dieses Fonds ausschließlich für die Abdeckung von Defiziten des ÖPNV in Wiesbaden verwendet wird;
- der Stadtverordnetenversammlung regelmäßig über Höhe und Verwendung der Fondserträge zu berichten..

5. 03-F-05-0008

Einrichtung Ehrenamts-Pass bzw. -Card
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten in enger Zusammenarbeit mit dem Freiwilligenzentrum Wiesbaden e.V. einen Ehrenamts-Pass / -Card nach dem Mainzer Modell zu initiieren.

Ziel ist das bereits in anderen Bundesländern erfolgreich praktizierte Modellprojekt auf Wiesbaden zu übertragen. Gerade in Zeiten leerer öffentlicher Kassen soll ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung für die ehrenamtlich Aktiven gesetzt werden und zum weiteren bürgerschaftlichen Engagement motivieren.

6. 03-F-03-0072

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

Kompetenz des Stadtarchivs unbestreitbar

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung,

- schätzt die wissenschaftlichen Kompetenz und fachliche Arbeit des Stadtarchivs und bekräftigt das Lob, dass Herr Oberbürgermeister Hildebrandt Diehl - anlässlich des hundertsten Geburtstag von Georg Buch - den Mitarbeitern des Stadtarchivs öffentlich zollte.
- unterstützt die weitere Aufarbeitung der Lebensgeschichte und Werke des Rudolf Dietz durch das Stadtarchiv und bittet das Stadtarchiv die Möglichkeiten der Kooperation mit dem Fritz-Bauer-Institut, Frankfurt zu suchen.
- regt an, dass das Stadtarchiv in Naurod eine öffentliche Ausstellung zu Leben und Wirken des Heimatdichters Rudolf Dietz organisiert und dem Nauroder Heimatmuseum hierzu eine Kooperation anbietet.

7. 03-F-04-0010

Verkleinerung der Stadtverordnetenversammlung

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 26.11.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Anzahl der Sitze in der Stadtverordnetenversammlung wird ab der nächsten Wahlperiode von 81 auf 71 reduziert.

8. 03-F-06-0013

Wiederanwendung der in der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre

2000/2001 festgelegten Hebesätze für die Gewerbesteuer und Grundsteuer

- Antrag Fraktionsstatusinhaber Linke Liste vom 01.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden möge beschließen:

Die in der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 festgelegten Hebesätze für die Gewerbesteuer und Grundsteuer werden für zukünftige Haushaltsjahre - beginnend mit 2004 und 2005 - wiederangewendet.

9. 03-F-02-0031

Jugendschutz

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 08.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob er die Beurteilung der Suchtberatungsstelle des Caritasverbandes zur Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch sogenannte „Pop-Getränke“ teilt.
2. Gedenkt der Magistrat, im Rahmen von Jugendschutzmaßnahmen der besonderen Gefährdung zu begegnen?
3. Wann hat der Magistrat zuletzt an welchen Orten und mit welchem Ergebnis Kontrollen im Zuge des Jugendschutzes durchgeführt bzw. durchführen lassen?

10. 03-F-01-0036

Fortsetzung der Verwaltungsreform
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 30.06.2003 -

Der Magistrat möge berichten

1. Ob die im Reformprozess WiWa I und WiWA II erzielten Ergebnisse dokumentiert werden sollen.
2. Wie die bereits erarbeiteten und umgesetzten Ergebnisse des Reformprozesses WiWa I und WiWa II inhaltlich und organisatorisch gesichert werden sollen.
Dies gilt insbesondere für die Steuerung der Amtsgeschäfte über Jahresprogramme, die Ergebnisse der Phase 1 der Einführung eines Strategischen Managements, die existierenden Bausteine der Personalentwicklung sowie für neue Kooperationsformen wie Projekt- und Teamarbeit, Führungskonferenzen, Amtsleiterplenum usw..
3. Wie die noch ausstehenden Reformergebnisse erarbeitet werden sollen, beispielsweise die noch fehlenden Bausteine der Personalentwicklung, wie Führungsgrundsätze und Mitarbeitergespräch.
4. Warum die drei letzten Sitzungen der Kommission für Verwaltungsreform ausgefallen sind, und wann die nächste Sitzung der Kommission für Verwaltungsreform nun tatsächlich stattfindet?
5. Ob die so genannte verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe weiter arbeiten soll, wenn ja mit welchen Aufgaben.
6. Ob und mit welchen Inhalten und in welcher Organisationsform die Verwaltungsreform fortgesetzt werden soll.
7. Ob und wie die Einführung des Strategischen Managements erfolgen soll.
8. Ob das Projekt "Steuerung, Steuerungsunterstützung und Controlling" im Personalbereich gestartet werden soll, und falls nicht, welches alternative Vorgehen angedacht ist.
9. Wie die bisher erzielten Ergebnisse der Reform für einen Umbau der Verwaltung und die Sanierung des Haushalts genutzt werden sollen.
10. Welche aktuellen Aufgaben die Stabsstelle für Verwaltungsreform hat.

11. 03-F-02-0033

Betreuung Demenzkranker

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Sind dem Magistrat Altenpflegeeinrichtungen in Wiesbaden bekannt, die besondere Betreuungskonzepte für dementiell erkrankte ältere Menschen vorsehen?
2. Wie gedenkt der Magistrat, solche Vorhaben künftig zu unterstützen?

Begründung:

Der Anteil älterer Menschen, die an Demenz erkrankt sind und in Altenpflegeheimen aufgenommen werden, steigt kontinuierlich. Mit den üblichen Strukturen in Altenpflegeheimen können Menschen mit Demenzerkrankung aufgrund ihres Krankheitsbildes jedoch nicht umgehen. Deshalb haben sich Pflegeheimbetreiber, Pflegekassen, Heimaufsicht und andere Beteiligte andernorts in Hessen inzwischen darum bemüht, spezielle Konzepte der stationären Betreuung (Hausgemeinschaften) zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse dieser Menschen eingehen. Wiesbaden sollte auch hier eine Vorreiterrolle spielen.

12. 03-F-01-0047

Sanierung und Nutzung Walkmühle

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- I.
 1. Mit wie vielen neuen Mietern wurden seit Jahresbeginn Verträge für Räume in der Walkmühle geschlossen ?
Wie sind die vertraglichen Konditionen (Gewerbeverträge, Laufzeit, Verpflichtung zur Übernahme von Sanierungen von beiden Seiten usw.)?
 2. Wer wählt die Mieter aus und nach welchen Kriterien?
 3. Erfolgt eine Abstimmung mit dem Verein Walkmühle e.V. über die neu vergebenen Räumlichkeiten hinsichtlich der Einzugs- und Auszugstermine u.a.?
Inwieweit ist für den Verein Walkmühle e.V., der seit vielen Jahren das Anwesen durch sein Engagement und eigene Investitionen gesichert hat, eine Bestandssicherung gewährleistet?
- II.
 - 1, Liegen der Stadt von den beiden Vereinen Walkmühle e.V. und Kunst und Raum e.V. Nutzungs- und / oder Finanzierungskonzepte vor?
 2. Führt(e) die Stadt mit diesen Vereinen oder Einzelpersonen Verhandlungen über einen Pachtvertrag?
- III.
 1. Aus welchen Mitteln werden die derzeit laufenden Sanierungsmaßnahmen in der

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

Walkmühle bezahlt? Welche Sanierungsmaßnahmen sind derzeit insgesamt geplant bzw. in Durchführung und wie hoch sind die Kosten veranschlagt.

2. Gibt es Auflagen hinsichtlich der weiteren Nutzung der Gebäude (Bauaufsicht o.a.)?

3. Hat der Magistrat Informationen über die insgesamt zu veranschlagenden Sanierungskosten?

13. 03-F-01-0048

Realisierung Mahnmahl Jenny Holzer

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses 0280 der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Juli 2003 ergriffen wurden, der eine umgehende Realisierung des Mahnmahl-Entwurfs von Jenny Holzer vorsieht.

14. 03-F-02-0009

DL 23/03-1

Unterbringungsmöglichkeiten für die Fahrzeuge der Wiesbadener Fastnachtsvereine

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 11.03.2003 -

15. 03-F-02-0042

Biennale

- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 25.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung bewertet das Projekt „Biennale“ als sehr geeigneten Weg, ein neues kulturelles Glanzlicht für das Rhein-Main-Gebiet zu schaffen, dessen Wirkung weit über die Region selbst hinausgeht.

Die Stadtverordnetenversammlung bejaht die Absicht, die „Biennale“ als Gemeinschaftsprojekt von Land, Staatstheater, den Städten Wiesbaden und Frankfurt sowie der Bundeskulturstiftung vorzusehen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass für die Chance einer positiven Bescheidung des Antrags das Staatstheater für eine Förderung durch die Bundeskulturstiftung eine möglichst verbindliche Zusage auch über den Wiesbadener Anteil in Höhe von 150.000,00 € benötigt.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass einerseits die finanzielle Lage der Stadt eine

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

neue Ausgabe aus dem Haushalt in dieser Höhe nicht zulässt, andererseits aber die Bereitschaft von Sponsoren zur Finanzierung besteht.

Um das beschriebene Dilemma aufzulösen bittet die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat bei der anstehenden Haushaltsaufstellung im Etat des Oberbürgermeisters einen Ausgabetitel in Höhe von 150.000,00 € für diesen Wiesbadener Anteil vorzusehen, und gleichzeitig mit einem neuen Einnahmetitel für Sponsorengelder, der die Deckungsfähigkeit zum Ausgabetitel herstellt, einzusetzen.

16. 03-F-04-0009

Dringliche Anfrage des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.09.2003 betr.
Außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 24.09.2003

Der Magistrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was waren die für Wiesbaden konkreten Ergebnisse der Reise der 10-köpfigen Delegation zur gestrigen außerordentlichen Hauptversammlung des deutschen Städtetages in Berlin?
2. Wurden Redebeiträge aus der Wiesbadener Delegation geleistet?
3. Wie hoch waren die tatsächlich entstandenen Kosten?

17. 03-F-01-0058

Planungsverfahren Elsässer Platz
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, für eine Bewohnergarage unter dem Elsässer Platz eine neue Machbarkeitsstudie mit folgenden Vorgaben in Auftrag zu geben:

- Bau einer Tiefgarage mit mindestens 1.000 Stellplätzen, ggf. unter Einbeziehung angrenzender, nicht überbauter öffentlicher Flächen
- Gestaltung des Platzes als öffentliche Freifläche ohne Bebauung;
- Finanzierung der Baumaßnahme mit Mitteln des Garagenfonds, während der Betrieb der Anlage aus laufenden Einnahmen zu decken ist.

18. 03-F-02-0044

Machbarkeitsstudie Quartiergaragen Elsässer Platz und Gutenbergplatz
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 06.10.2003 -

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0170 vom 07.10.2003 -

ANLAGE

19. 03-F-04-0007

Umbenennung der Karl-Marx-Straße

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.10.2003

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

die Karl-Marx-Straße wird umbenannt. Der Name Karl Marx steht für eine totalitäre Ideologie der Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat nach Anhörung des Ortsbeirates hinsichtlich geeigneter Alternativnamen eine Vorlage zur Umsetzung der Umbenennung zu erarbeiten.

20. 03-F-06-0012

Umstrukturierung der Ortsverwaltungen

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 16.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Magistrat vor Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über die zu erwartenden Auswirkungen der geplanten Umstrukturierung der Ortverwaltungen.

Dieser Bericht soll insbesondere auch folgende Fragen beantworten:

Welche Auswirkungen hat die geplante Umstrukturierung der Ortsverwaltungen auf

die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inkl. dienstlich bedingter Fahrtzeiten) und

die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Ortsbezirke

sowie auf die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation im Verwaltungsbereich?

ANLAGE

21. 03-F-01-0067

Besetzung von Amtsleiterstellen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.10.2003 -

Seite 9 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wir bitten den Magistrat zu berichten,

- ob es Verfahrensrichtlinien zur Besetzung von Amtsleiterstellen gibt,
- ob es seit 1999 eine Überarbeitung gegeben hat

und uns ggf. diese zur Kenntnis zu gebeten.

22. 03-F-06-0015

Freigabe des Geländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände) in Mainz-Kastel
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses 0128 der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 2002 ergriffen wurden, der vorsieht, dass sich die Landeshauptstadt Wiesbaden um Verhandlungen der Bundesregierung zur Freigabe des etwa 21 Hektar großen US-Militärgeländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände") im Zentrum von Mainz-Kastel bemüht.

Die vom Ortsbeirat Mainz-Kastel einstimmig befürwortete Planungsstudie "Stadtpark Kastel-Mitte" soll in diesem Zusammenhang zur Grundlage einer Bebauungsplanung gemacht werden.

23. 03-F-04-0008

Umbenennung der Martin-Niemöller-Schule
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

die Martin-Niemöller-Schule wird umbenannt.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat nach Anhörung des Ortsbeirates und der Schulkonferenz hinsichtlich geeigneter Alternativnamen eine Vorlage zur Umsetzung der Umbenennung zu erarbeiten.

24. 03-F-06-0018

Veröffentlichungen Amtlicher Bekanntmachungen
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 17.11.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss 0473 des Magistrats vom 27.5.2003 wird ausgesetzt.

Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden vom Stand

22. Juli 1974, §5, Absatz 1, Satz 1 wird wie folgt ergänzt:

"... Wiesbadener Kurier, Wiesbadener Tagblatt und - soweit sie Angelegenheiten der AKK-Ortsbezirke (Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim) betreffen - Allgemeine Zeitung Mainz (Rhein-Main-Anzeiger) und Mainzer Rheinzeitung."

25. 03-F-01-0078

Rampe am ehemaligen Schlachthofgelände

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

mit der Umgestaltung der alten Viehverladerampe auf dem ehemaligen Schlachthofgelände zu einer würdigen Gedenkstätte umgehend zu beginnen.

Tagesordnung II

1. 03-F-01-0015

DL 29/03-1

Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit von Jugendlichen in Wiesbaden

- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.03.2003 -

2. 03-V-01-0001

DL 28/03-1

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von den Niederschriften über die 28. Sitzung

3. 03-V-05-0006

DL 28/03-2

Einstellung der Arbeit des Psychosozialen Krisendienstes Wiesbaden zum 31.12.2003

4. 03-V-11-0002

DL 19/03-2

Sachstandsbericht / Kostenplanung LOGA

5. 03-V-11-0004

DL 28/03-3

Personalwirtschaftssystem LOGA; Bericht zur Stellenreduzierung und Einheitssachbearbeitung

- 6. 03-V-11-4004 DL 28/03-4**

Schulung von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verhinderung von Kostenüberschreitungen im Hoch- und Tiefbau
- 7. 03-V-11-5010 DL 27/03-3**

Personalausgaben UA 0221 - besondere Beschäftigungsverhältnisse - üpl-Genehmigung
- 8. 03-V-11-5012 DL 28/03-5**

Sonderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit JUMP PLUS und Arbeit für Langzeitarbeitslose / Beschäftigungsmaßnahmen nach § 19 BSHG - Personalausgaben UA 0221 -besondere Beschäftigungsmaßnahmen - üpl-Genehmigung
- 9. 03-V-20-0025 DL 27/03-4**

Beitrag des Projektes inteR zur Haushaltskonsolidierung
- 10. 03-V-20-0051 DL 28/03-6**

Investitionscontrolling Auswertung 3. Quartal
- 11. 03-V-20-0053 DL 29/03-4**

Projekt inteR; Vorstellung des künftigen Planungsprozesses
- 12. 03-V-20-0056 DL 29/03-5**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2003 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
- 13. 03-V-20-0061 DL 30/03-1**

Seite 12 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 04.12.2003

Notprogramm zur Sicherung kommunaler Programme und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Beschäftigung

- 14. 03-V-31-0001 DL 28/03-8, 21/03-2**

Tätigkeitsbericht des Amtes für Verkehrsüberwachung und Gefahrenabwehr

- 15. 03-V-36-0038 DL 29/03-6**

Bericht zum vorsorgenden Hochwasserschutz in Wiesbaden

- 16. 03-V-40-0011 DL 28/03-9**

Landesprogramm 1998/1999 des Hessischen Kultusministerium zur Verbesserung der EDV-Ausstattung von Schulen und Schulverwaltungen -Austausch der veralteten Rechner

- 17. 03-V-40-0018 DL 29/03-7**

"WieS@N II - Wiesbadener Schulen am Netz". Die Plattform für kompetenten Service rund um IT und Neue Medien im Unterricht.

ANLAGE

- 18. 03-V-40-0034 DL 28/03-10**

EDV in Schulen / Schulen ans Netz

ANLAGE

- 19. 03-V-51-0034 DL 27/03-5**

Mehrausgaben durch Umstellung des Abrechnungsverfahrens der ESWE AG-Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben

- 20. 03-V-64-0015 DL 28/03-18**

"Kostenkontrolle im Hochbau"
Statusbericht /4. Quartal 2003 des Hochbaus (gemäß SV 02-V-64-0020)

- 21. 03-V-64-0016 DL 29/03-10**

Sachstandsbericht zur Vorlage Facility Management

- 22. 03-V-67-0004 DL 27/03-9**
Jägerhofplatz - Instandsetzung und Gestaltung im Rahmen der "Sozialen Stadterneuerung Biebrich"
- 23. 03-V-69-0001 DL 25/03-4**
Soziale Stadtteilentwicklung Inneres Westend;
hier: Entwicklung der "Grün- und Freifläche Wellritzhof" – Refinanzierung des Grunderwerbs, Grün- und Freiflächengestaltung und Hochbau-Maßnahmen
- 24. 03-V-70-0011 DL 28/03-20**
Jahresabschluss 2002 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW);
Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung
- 25. 03-V-80-8014 DL 28/03-21**
Qualifizierungsoffensive III
- 26. 03-V-80-8018 DL 30/03-9**
Prüfung der bevorrechtigten Zulassung von bestimmten Beschickern zum Sternschnuppenmarkt

Tagesordnung III

- 1. 03-A-02-0034**
Bessere Beteiligung von Jugendlichen

ANLAGE

2. **03-V-10-0028** **DL 29/03-2**
Einrichtung eines "Ludwig-Beck-Preis"
3. **03-V-10-0029** **DL 29/03-3**
Kündigung der Mitgliedschaft im Rat der Gemeinden und Regionen Europas - Deutsche Sektion
4. **03-V-11-3007** **DL 27/03-2**
KGRZ Wiesbaden; Zahlung der Sozialplankosten, Abwicklung der Altlasten
5. **03-V-51-0029** **DL 21/03-4**
Beteiligung sozial erfahrener Personen an dem Widerspruchsverfahren
ANLAGE
6. **03-V-51-0048** **DL 30/03-2**
Folklore im Garten 2004; Freigabe der Mittel
ANLAGE
7. **03-V-61-0033** **DL 27/03-6**
Grundsätzliche Beschlussfassung über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Planungsbereich "Tier- und Pflanzenpark Fasanerie" in Wiesbaden-Klarenthal
8. **03-V-61-0042** **DL 28/03-12**
Flächennutzungsplanänderung für den Planungsbereich "Reitstall Fasanerie" im Ortsbezirk Klarenthal - Feststellungsbeschluss -
9. **03-V-61-0043** **DL 28/03-13**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Reitstall Fasanerie" in Wiesbaden
- Ergebnisse der Offenlage und Satzungsbeschluss -

- 10. 03-V-61-0044 DL 28/03-14**
Bebauungsplan "Nordenstadt Mitte" in Wiesbaden-Nordenstadt
- Ergebnis der 2. öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
ANLAGE
- 11. 03-V-61-0045 DL 28/03-15**
FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG für den Planungsbereich Pfarrmorgen im
Ortsbezirk Delkenheim; Feststellungsbeschluss
- 12. 03-V-61-0046 DL 30/03-3, 28/03-16**
Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VBPlan) "Pfarrmorgen" in Wiesbaden-Delkenheim;
Ergebnisse der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Trägeröffentlicher Belange;
Satzungsbeschluss
ANLAGE
- 13. 03-V-61-0048 DL 28/03-17**
Grundsätzliche Beschlussfassung über die teilweise Änderung des Bebauungsplanes
"Umgehung Dotzheim und Landgrabenschule" in Wiesbaden-Dotzheim sowie Beschluss über
die öffentliche Auslegung
ANLAGE
- 14. 03-V-61-0049 DL 30/03-4, 29/03-8**
Bebauungsplanentwurf "Luisenstraße / Schwalbacher Straße" in Wiesbaden Beschluss zur
öffentlichen Auslegung
ANLAGE
- 15. 03-V-61-0051 DL 30/03-5, 29/03-9**
Sachstand des Fassadengestaltungsverfahrens zum "Projekt an der Luisenstraße",
Kirchgasse / Luisenstraße / Schwalbacher Straße / Rheinstraße

- 16. 03-V-66-0212 DL 27/03-7**
Schulgasse/Neugasse; Teilentwidmung
ANLAGE
- 17. 03-V-70-0008 DL 28/03-19**
Teil I - Abwassergebührenordnung
Teil II - Entwässerungssatzung
Teil III - Kleininleiterabgabeordnung
Teil IV - Abwasserbeitragssatzung
ANLAGE
- 18. 03-F-01-0064**
Bach- und Oberflächenwasser - Vermeidung von Einleitung in die Mischwasserkanalisation
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 10.11.2003 -
ANLAGE
- 19. 03-V-80-2374 DL 30/03-8, 29/03-11**
Neugestaltung des ehemaligen Schlachthofgeländes und des Kongressparkplatzes
- 20. 03-V-80-2384 DL 29/03-12**
Entwicklung eines zentralen Verwaltungsstandortes
- 21. 03-V-82-0010 DL 27/03-6 NÖ**
Bestellung der Personalvertreter in der Kurbetriebskommission der Landeshauptstadt
Wiesbaden - gemäß § 6 (2), 3 Eigenbetriebsgesetz
ANLAGE
- 22. 03-F-02-0027**
Öffnung der Frankfurter Straße stadteinwärts
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 09.09.2003 –
- - Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 16.09.2003 -
ANLAGE

23. 03-V-66-0207

Frankfurter Straße zwischen Rheinstraße und Bierstadter Straße;
Öffnung stadteinwärts

ANLAGE

Tagesordnung IV

1. 03-V-20-0044

DL 27/03-2 NÖ

Beraterauswahl für die Einführung und Begleitung eines Zinsrisikomanagements bei der Landeshauptstadt Wiesbaden; Einsatz von Finanzderivaten

ANLAGE

2. 03-V-20-0052

DL 28/03-1 NÖ

Auflösung des von der Helaba Invest gemanagten Spezialfonds aus ESWE-Verkehrserlösen und anderweitige Verwendung der Mittel

3. 03-V-20-0055

DL 28/03-2 NÖ

Bürgschaft Nr. 515 a und b - Übernahme von modifizierten Ausfallbürgschaften über insgesamt 21.150.000,00 EUR zugunsten der Wiesbadener Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH

4. 03-V-20-0063

Wirtschaftliche Situation der Alten- und Pflegeheim AKK gGmbH

ANLAGE

5. 03-V-62-0017

DL 27/03-3 NÖ

Vorwegnahme der Entscheidung gem. § 76 Bau GB - Beschluss Nr. 38 (bestehend aus den Teilen I bis III) - in Mainz-Kastel

6. 03-V-80-2356

DL 27/03-4 NÖ

Nachtragsvereinbarung Perkin Elmer GmbH

